

»Nach der Ernte bleibt uns kein Gewinn.
Um die Schulden zu bezahlen, müssen wir
unsere Kühe verkaufen.«



Köln, Juni 2022



Mais benötigt große
Mengen Kunstdünger, der
immer teurer wird.

im Mai habe ich gemeinsam mit meinem Kollegen Roman Herre ländliche Regionen in Sambia besucht. Wenige Länder der Welt sind so stark von Hunger betroffen. Wir waren erschrocken, wie unmittelbar die Bevölkerung die Folgen des 7.000 Kilometer entfernten Kriegs in der Ukraine zu spüren bekommt!

Unterwegs in Sambia haben wir hunderte Werbeschilder von Agrarkonzernen wie Bayer oder Syngenta gesehen. Dort wird zumeist Mais in Monokulturen angebaut. Internationale Geldgeber – auch die Bundesregierung – haben die Landwirtschaft viele Jahre lang zu immer mehr Agrarchemie gedrängt. Durch den Krieg schießen die Düngerpreise nun regelrecht durch die Decke.

In Kembe, nördlich der Hauptstadt Lusaka, haben wir ein »Hilfsprojekt« besucht, das von Agrarkonzernen und westlichen Regierungen finanziert wird. Die Bäuer*innen erhalten gegen Kredit Kunstdünger und kommerzielles Saatgut. Die hohen Düngerpreise stellen sie vor existentielle Probleme. Denn wenn die Ernte niedrig ist, schnappt die Schuldenfalle zu. »Ich habe ein Jahr lang

umsonst gearbeitet«, sagte uns Marksman Pumbwe. »Sie geben uns eine Frist. Wenn wir nicht pünktlich zahlen, kommt die Polizei und verhaftet uns«, so Amos Mwalanga.

Bitte wenden



Unsere Gesprächspartner*innen in
Kembe berichteten uns, dass sie Tiere
oder Fahrräder verkaufen mussten.



Lokale Pflanzen wie Kartoffeln, Erdnüsse, Süßkartoffeln und Maniok können mit natürlichem Dünger angebaut werden.



In vielen Teilen der Welt nimmt der Hunger seit Jahren zu – häufig in Ländern, die von Getreideimporten, Kunstdünger und Pestiziden abhängig sind. Dabei sind weltweit weiterhin genügend Nahrungsmittel vorhanden! Nur können sich viele Länder die exorbitant hohen Preise schlicht nicht mehr leisten.

Die Bäuerinnen und Bauern müssen nun umdenken, auch in Kembe. Sie erklärten uns jedoch, dass ein Umstieg auf traditionelle Pflanzen in der aktuellen Krisensituation alleine kaum zu schaffen sei. Zumal die Regierung nie in den Anbau und die Vermarktung von Maniok und Co. investiert hat.



FIAN macht sich seit jeher dafür stark, die Betroffenen bei der Lösung von Problemen einzubinden. Wir hören zu und machen ihre Situation sichtbar – auch gegenüber der deutschen Regierung.

Zum Abschluss unserer Recherche haben wir die deutsche Botschaft in Lusaka aufgefordert, Verantwortung für die Folgen der Agrarchemie-Förderung wie in Kembe zu übernehmen. Ich finde, die Entwicklungshilfe hat sich lange genug in den Dienst der Agrarindustrie gestellt!

FIAN und unsere lokalen Partner müssen nun – mit dem Rückenwind unserer Mitglieder und Spender*innen – weiter Druck machen! Die Bundesregierung muss endlich von dem gescheiterten Modell der Grünen Revolution ablassen und in der aktuellen Krise die am härtesten betroffenen

Länder unterstützen. Sind Sie dabei? Bitte stärken Sie unsere Arbeit für das Recht auf Nahrung mit ihrer Spende oder mit einer Mitgliedschaft bei FIAN.

Mit herzlichem Dank für Ihre Hilfe

Philipp Mimkes

Philipp Mimkes

Geschäftsführer FIAN Deutschland



JETZT ONLINE SPENDEN

www.fian.de

